

### **Ausgewählte Inhalte des Koalitionsvertrags der neuen rot-grünen Landesregierung in Niedersachsen zu den Themen Engagementpolitik sowie Vielfalt und Teilhabe**

Der Koalitionsvertrag der seit dem 19.02.13 amtierenden rot-grünen niedersächsischen Landesregierung trägt den Titel „Erneuerung und Zusammenhalt – Nachhaltige Politik für Niedersachsen“ (Koalitionsvertrag 2013). Unter der Überschrift „Freiwilligendienste, Ehrenamt, Bürgerschaftliches Engagement“ heißt es u. a.: „Ehrenamtliches Engagement soll hauptamtliche Kräfte nicht ersetzen, aber sie ergänzen. Die rot-grüne Koalition wird deshalb Freiwilligenagenturen fördern, denn ehrenamtliche Arbeit kann langfristig nur mit professioneller Unterstützung gesichert werden. Dabei geht es z.B. um das generationenübergreifende Engagement – auch von und für Migrantinnen und Migranten. Ehrenamtliche brauchen Unterstützungsangebote, um alltägliche Probleme zu bewältigen“ (S. 33). Konkret geplant ist auch „die Erhöhung der Platzzahlen beim freiwilligen sozialen und ökologischen Jahr“ (ebenda).

Unter der Kapitelüberschrift „Weltoffenes Niedersachsen – Vielfalt und Teilhabe stärken“ rückt der Koalitionsvertrag vom Begriff „Integration“ ab und formuliert stattdessen: „Wir lehnen eine Trennung in „wir“ und „ihr“ ab. Deshalb wollen wir den in der Gesellschaft teilweise mit falschen politischen Voraussetzungen und Annahmen verbundenen Begriff „Integration“ durch den selbstverständlichen gesellschaftspolitischen Anspruch auf Teilhabe und Partizipation ersetzen. (...) Unser Ziel ist es, dass die kulturelle, weltanschauliche und religiöse Vielfalt in Politik und Verwaltung, Wirtschaft, Kunst und Kultur selbstverständlich mitgedacht wird. Alle landesrechtlichen Regelungen werden wir daraufhin überprüfen. Den Instrumenten zur Förderung von Teilhabe und Partizipation wollen wir Gesetzesrang geben“ (S. 10).

Der Themenbereich Vielfalt und Teilhabe gehört zu den Kapiteln, in denen sich die neue Landesregierung am deutlichsten von der Vorgängerregierung absetzt. Zu den Vorhaben zählen auch die Einführung des Amtes eines/einer „unabhängigen Beauftragten für Migration und Teilhabe“ und der Vorsatz: „Wir unterstützen die Professionalisierung der Migrantenselbstorganisationen“ (ebenda). Diese sollen auch bei den internationalen Kontakten des Bundeslandes eine stärkere Rolle spielen: „Die internationalen Partnerschaften des Landes Niedersachsen sollen sich auch gemeinsam mit den niedersächsischen Organisationen von Migrantinnen und Migranten weiterentwickeln“ (S. 8).

Zur Förderung der interkulturellen Öffnung will die neue Landesregierung „den Anteil der Beschäftigten mit Migrationshintergrund im Landesdienst deutlich erhöhen und die interkulturelle Kompetenz innerhalb der Landesverwaltung als Qualitätskriterium verankern. Die interkulturelle Öffnung der Verwaltungen und öffentlichen Einrichtungen – wie Beratungsstellen, Pflege-, Gesundheits- und Behinderteneinrichtungen – wollen wir fördern und unterstützen“ (ebenda). Auch „sollen Menschen mit Migrationshintergrund verstärkt in den Polizeidienst eingebunden“ werden (S. 19). In der Frauen- und Gleichstellungspolitik will „die rot-grüne Koalition insbesondere auch eine Verbesserung der gleichberechtigten gesellschaftlichen Teilhabe von Frauen mit Migrationshintergrund aktiv unterstützen“ (S. 34). Unter der Überschrift „Kulturelle Teilhabe für Alle“ will die Koalition die „inter- und transkulturelle Kulturarbeit fördern, kulturelle Angebote für Menschen mit Migrationshintergrund ausbauen und staatliche Kultureinrichtungen für sie öffnen“ (S. 41).

Zur Verbesserung der „Lebenssituation von Flüchtlingen und Asylbewerbern“ ist vereinbart, das „die rot-grüne Koalition Sprach-, Alphabetisierungs- und Integrationskurse unabhängig vom jeweiligen Aufenthaltsstatus allgemein zugänglich machen“ will (S. 12). Gemeinschaftsunterkünfte sollen nur noch als Erstaufnahmeeinrichtungen genutzt werden, worauf unmittelbar eine Integration in Wohnungen in den Kommunen erfolgen soll (vgl. S. 11). Auch will die Landesregierung „die diskriminierende Wertgutscheinpraxis beenden und durch Bargeldauszahlung ersetzen sowie Erleichterungen beim Arbeitsmarktzugang für Menschen mit Migrationshintergrund schaffen (ebenda). Racial Profiling bei Polizeikontrollen lehnte die Landesregierung ab (vgl. S. 17).

Der Koalitionsvertrag greift viele Forderungen von Verbänden, Migrant\*innenorganisationen oder NGOs aus dem Flüchtlingsbereich auf. Es wird sich allerdings zeigen müssen, ob die vielen ambitionierten Vorhaben zeitnah umsetzbar, finanzierbar und durchsetzbar sind.

**Ansgar Drücker**, Geschäftsführer des Informations- und Dokumentationszentrums für Antirassismuserbeit e.V. (IDA).

**Kontakt:** *Ansgar.Druecker@IDAeV.de*

Koalitionsvertrag unter  
[www.ndr.de/regional/niedersachsen/landtagswahl\\_niedersachsen\\_2013/koalitionsvertrag157.pdf](http://www.ndr.de/regional/niedersachsen/landtagswahl_niedersachsen_2013/koalitionsvertrag157.pdf)